



Rudolf Ramsauer,
Direktor

«Ein verlorenes Jahr, politische Polarisierung und Reformblockade»: Die Tonalität ist allzu negativ. Im zu Ende gehenden Jahr wurde vieles hart debattiert und aufgegleist, was 2005 zur politischen Ausmarchung gelangt: das Entlastungsprogramm 04, um die Staatsausgaben wieder

Zum Jahreswechsel

auf einen nachhaltigeren Pfad zu führen, die Unternehmenssteuerreform, um den Unternehmensstandort Schweiz wieder konkurrenzfähiger zu machen und Arbeitsplätze zu sichern; die Bewahrung der bilateralen Verträge durch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die neuen Bilateralen Abkommen II, um unsere Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner positiv zu gestalten; konstruktive Vorschläge zur Bildungsreform, um unsere Hochschulen zu modernisieren und auf Spitzenplätzen zu halten. Das sind zukunftsweisende Projekte von grosser Tragweite für unsere Wirtschaft und für unser Land. Wir werden uns dafür mit ganzer Kraft und mit Herzblut einsetzen. Unser grosser Dank gilt unseren Mitgliedern, die uns 2004 wiederum die Treue gehalten und encouraged haben. Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine frohe Festtagszeit und ein erfolgreiches und glückliches neues Jahr.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Neuer Lohnausweis

Die Hürde «Testphase» nehmen

Nachdem die Gespräche zwischen den Kantonen und den Wirtschaftskreisen im Spätsommer 2004 praktisch festgefahren waren, wurde dank der Vermittlung von Bundesrat Merz der Stein vor kurzem wieder ins Rollen gebracht.

Ursprünglich hatten die kantonalen Steuerbehörden die Absicht, klammheimlich einen Lohnausweis einzuführen, der einen härteren steuerpolitischen Kurs und mehr Verwaltungsaufwand verursacht hätte. economieuisse erkannte 2001 die sich abzeichnende Gefahr als Erste und reagierte prompt und nachdrücklich mit Interventionen bei den zuständigen Behörden und mit der Mobilisierung der Wirtschaftsverbände gegen das Projekt.

Langwierige Kraftprobe

Während mehr als drei Jahren setzten sich die Wirtschaftsverbände mit Rückhalt bei zahlreichen Bundesparlamentariern gemeinsam und schliesslich erfolgreich für eine grundlegende Kurskorrektur des Projektes ein. Die Beteiligung der interessierten Kreise am Prozess hatte auch zur Folge, dass die Behörden in der Schlussversion praktisch alle Forderungen der Wirtschaft übernommen haben. Die neuen Vor-

schriften sind im Vergleich zu den ehemaligen eindeutig liberaler.

Inhalt der Einigung

Nach dem jüngsten Vermittlungstreffen konnten die Hürden, die der Fortsetzung der Arbeiten im Wege standen, überwunden werden – vor allem dank der Beibehaltung einer liberalen Steuerpolitik. Der Kernpunkt der Einigung betrifft die Behandlung der «Errungenschaften», d.h. die Garantie, dass die Einführung des Lohnausweises weder eine Revision



Pascal Gentinetta,
Mitglied der Geschäftsleitung

der existierenden Spesenreglemente und der bereits bewilligten Pauschalen noch der geltenden Praxis herbeiführt. Im Rahmen einer Einzelfallregelung zwischen dem Arbeitgeber und der zuständigen kantonalen Steuerbehörde bleiben abweichende Modalitäten aus unternehmensspezifischen Gründen möglich (zum Beispiel Dienstwagen, Weiterbildung, Umzugskosten). Ausserdem wird an die Kantone appelliert, während des Übergangszeitraums Flexibilität zu

beweisen. Dank der neuen Regelung über die Dienstwagen können ausserdem weiterhin Prozentsätze unter der Norm von einem Prozent angewandt werden.

Testphase: Augen offen halten

Der neue Lohnausweis kann im Prinzip ab 2006 generell und obligatorisch eingeführt werden. Ob er sich mit den Bedürfnissen der Unternehmen und der Arbeitnehmer verträglich lässt, lässt sich erst definitiv beurteilen, wenn die gemischte Arbeitsgruppe, die sich mit den Folgemassnahmen zur Einführung des neuen Lohnausweises befasst, die Ergebnisse der Auswertung – auf der Basis der Erfahrungen der Unternehmen im Testjahr 2005 – vorlegen wird. Die Evaluation sollte folgende Fragen beantworten:

- Erlaubt die neue Formel eine administrative Vereinfachung oder führt sie zu einem unverhältnismässigen Anstieg der Verwaltungskosten? Wenn ja, welcher (Informatik, Ausbildung, Beratung)?
- Führt die neue Formel zu rigideren Regeln und Steuerpraktiken – entgegen den Engagements der Steuerbehörden?

Fortsetzung auf Seite 2

Schwerpunktthema

economieuisse unterstützt die Stossrichtung des Entlastungsprogramms 04, zweifelt aber, ob die Vorgabe eingehalten werden kann.

Seite 2 ▶

Parlament gefordert

Die vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zu einem Stromversorgungsgesetz überzeugt aus Sicht der Wirtschaft nicht.

Seite 3 ▶

Offensivstrategie nötig

Neue Studie von economieuisse: Die Optimierung von nationalen Freiräumen im Steuerbereich geht unvermindert weiter.

Seite 5 ▶

KMU-Porträt

Mit ihren Smart Chips ist die Freiburger Firma Sokymat äusserst erfolgreich. 95 Prozent der Produktion werden exportiert.

Seite 7 ▶

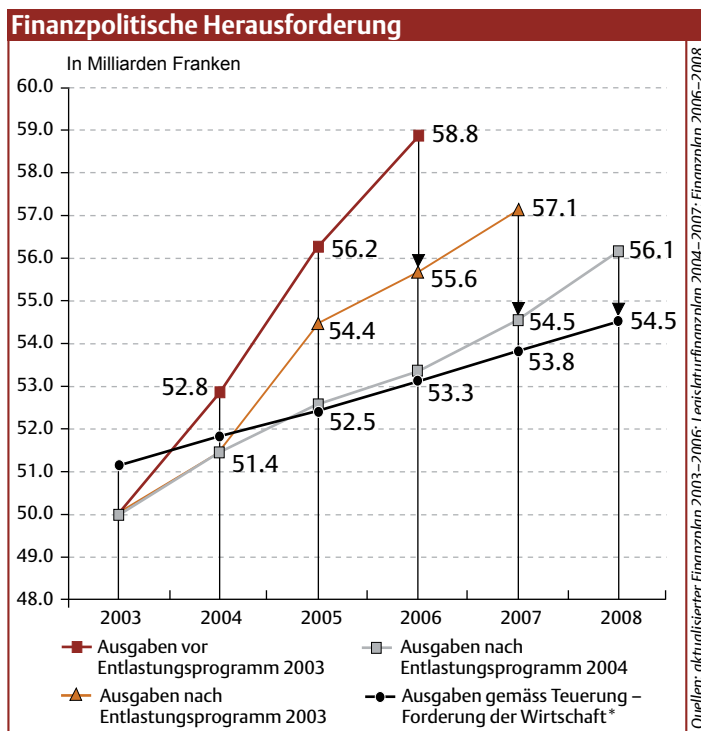
Richtig, aber ungenügend

Die Vernehmlassung zum Entlastungsprogramm 2004 (EP04) ist abgeschlossen. Mit mehrheitlich ausgabenseitig wirksamen Massnahmen von 1,9 Mrd. Franken soll die Finanzrechnung des Bundes bis 2008 ausgeglichen werden. *economiesuisse* unterstützt die Stossrichtung, zweifelt jedoch, ob diese Vorgabe eingehalten werden kann.

Die Staats- und Fiskalquote der Schweiz ist in den letzten dreissig Jahren rekordverdächtig rasch gestiegen. Nur die Betrachtung aller drei Staatsebenen sowie sämtlicher Sozialversicherungen inklusive der Zwangsabgaben erlaubt eine sachgerechte Beurteilung der Staatsquote. Der Bundesrat ist in seiner Zielsetzung zu unterstützen, wonach die Staatsquote der Schweiz zu den tiefsten innerhalb der OECD gehören soll. Dazu sind ausgabenseitig wirksame Massnahmen zu treffen, wie sie der Bundesrat im EP04 grossmehrheitlich vorschlägt. Nur so kann die Ausgabenentwicklung des Bundes auf eine langfristig tragbare und mit Blick auf kommende Generationen nachhaltige Grundlage gestellt werden.

Ausgaben entlang der Teuerung

Die Sanierung der Bundesfinanzen ist zwingend. Die Schuldenbremse verlangt den Haushaltsausgleich bis Ende Legislatur. Das Ausgabenkonzept ist für *economiesuisse* die strategische Richtschnur für Reformen und Massnahmen, damit die nötige nachhaltige Trendkorrektur bei den öffentlichen Ausgaben erreicht werden kann. Über rein budgetäre Sanierungsprogramme hinaus braucht es Struktur-reformen, um finanzpolitisch neuen Spielraum zu schaffen und die Freiräume für Unternehmen und Haushalte wieder zu vergrössern. Generell ist eine reale Stabilisierung der Ausgaben, d.h. ein Ausgaben-zuwachs höchstens entlang der Teuerung anzustreben.



* Basis: Voranschlag 2003 und durchschnittliche Teuerung ein Prozent pro Jahr.

Höherer Sanierungsbedarf

Vor diesem Hintergrund verlangt *economiesuisse* die vollumfängliche Umsetzung des Entlastungsprogramms, und zwar durch ausgabenseitige Massnahmen. Im Vergleich zum Bundesrat wird der Sanierungsbedarf bis 2008 jedoch um mindestens 2 Mrd. Franken höher angesetzt. Zum einen ist die bundesrätliche Einnahmenplanung zu optimistisch, auch widerspricht sie dem Vorsichtsprinzip. Zum andern ist der geplante Ausgabenanstieg insbesondere ab 2007 wieder überproportional. Schliesslich drohen milliarden-schwere Mehrausgaben, die in der Finanzplanung noch nicht berücksichtigt sind.

Gefordert: Vorsichtsprinzip

Selbst mit dem EP04 ist das bundesrätliche Sanierungsziel akut gefährdet. Überdies droht neben der ohnehin anfallenden defizitbedingten Neuverschuldung eine massive überproportionale Neuverschuldung aus lastenden Sanierungsaktionen im Zusammenhang mit der IV und bundesnahen Betrieben. Mit einer verantwortungsvollen, vorsichtigen Einnahmenplanung kann und muss dieser Entwick-

lung frühzeitig begegnet werden. Mit fokussierten Mehrausgaben von 3 Mrd. Franken bis 2008, wie sie die Wirtschaft und bürgerliche Parlamentarier fordern, könnte ein wesentlicher Beitrag zur dringenden Brechung der Ausgaben- und Schuldenspirale des letzten Jahrzehnts geleistet werden. Die rund 300 konkreten Massnahmen des Ausgabenkonzepts sind richtungsweisend.

Konjunkturrell und volkswirtschaftlich richtig

Die Finanzpolitik des Bundes war bisher ausreichend antizyklisch expansiv. Eine Entlastung des Budgets im nun feststellbaren Aufschwung ist darum folgerichtig und das EP04 deshalb konjunkturpolitisch richtig. Ausserdem ist die Alternative in Form von Steuererhöhungen erwiesenermassen wesentlich wachstumsschädlicher. Zudem ist verglichen mit einer fortgesetzten Verschuldungsfinanzierung zu lasten kommender Generationen das EP04 klar das «mindere Übel»; kurzfristig ist mit tiefen Kosten zu rechnen. Im Zentrum stehen klar die langfristigen Vorteile des Haushaltsausgleichs.

@ frank.marty@economiesuisse.ch

Fortsetzung von Seite 1

Einige Forderungen der Wirtschaft (Verhältnismässigkeitsprinzip, Steuerabzüge für Ausbildungskosten, Behandlung der Umzugskosten, Definition der Bescheinigungspflicht des Arbeitgebers) blieben unerfüllt, weil sie mit dem geltenden Gesetzesrahmen bzw. mit bestimmten Bundesgerichtsentscheiden nicht im Einklang stehen. Um die Forderungen wieder aufzugreifen, müssten Möglichkeiten für eine gezielte Gesetzesänderung in Betracht gezogen werden.

@ pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Bilaterale Abkommen: Informationsstand und Konferenz in Genf

economiesuisse war während rund zehn Tagen mit einem Informationsstand über die bilateralen Abkommen Schweiz-EU an der Genfer Herbstmesse präsent. Dank dem Informationsstand konnte die Öffentlichkeit über die Frage der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten informiert werden.

Die Veranstaltung bot Aufschluss über den Wissensstand des Publikums und über die durchaus realen Risiken, dass die Bilateralen Abkommen I



Bundespräsidenten Joseph Deiss an der Veranstaltung von *economiesuisse*, flankiert von Chantal Balet Emery, Leiterin Büro Westschweiz.

und II verwechselt werden. Krönung des Ganzen war der Besuch von Bundespräsident Joseph Deiss am 18. November, der auf Einladung von *economiesuisse* einen Vortrag zum Thema «Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen» hielt.

Urheberrecht stärken, nicht noch weiter kollektivieren

Der technologische Fortschritt ermöglicht zunehmend die individuelle Verwertung von Urheberrechten. Trotzdem will der Bundesrat mit dem Vorschlag einer Geräteabgabe einen weiteren Schritt in Richtung Kollektivierung des Geistigen Eigentums und damit in die falsche Richtung machen.

Das schweizerische Urheberrechtsgesetz (URG) soll an die technologische Entwicklung und an internationale Vorgaben angepasst werden. Letztere enthalten unter anderem die Verpflichtung, einen rechtlichen Schutz für technische Massnahmen im digitalen Umfeld vorzusehen. So sollen zum Beispiel Kopierschutzvorrichtungen elektronischer Vertriebssysteme vor Umgehungshandlungen geschützt werden. Ein solcher Schutz individueller

Urheberrechtsverwertungen ist zu begrüssen.

Ungerechtfertigte Mehrfachbelastungen

Gleichzeitig schlägt der Bundesrat eine mit der Leerträgervergütung kumulierbare Abgabe auf Geräten vor, die zur Vervielfältigung geeignet sind. Ein derartiger (Rück-)Schritt in Richtung einer weiteren Kollektivierung des Urheberrechts steht klar im Widerspruch zur zunehmenden Verbreitung individueller Verwertungssysteme. Für die Nutzer drohen hohe ungerechtfertigte Mehrfachbelastungen. So würden Schweizer Unternehmen auf praktisch allen elektronischen Arbeitsgeräten wie z.B. PC belastet, selbst wenn auf diesen nur firmeninterne Dokumente gespeichert sind. In der Folge würden Firmen in der Schweiz ihre Server natürlich ins Ausland verlegen, und Käu-

fer elektronischer Geräte würden sich auf ausländischen Märkten eindecken. Somit wäre die Einführung einer Geräteabgabe volkswirtschaftlich schädlich. Um die Abgabe zu verhindern, müssen alle betroffenen Kreise im laufenden Vernehmlassungsverfahren ihre Stimme dagegen erheben.

Fehlendes Produzenten-Urheberrecht

Aus Sicht der Wirtschaft ist am Vorentwurf für das revidierte URG weiter zu bemängeln, dass er kein Produzenten-Urheberrecht vorsieht. Ein solches würde zu einer Erhöhung der Praktikabilität und Rechtssicherheit führen. Damit würde auch ein Beitrag zu einer Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Schweiz geleistet.

@ urs.furrer@economiesuisse.ch

«ICC's concret responses to global challenges for business»

Die Internationale Handelskammer (ICC) ist die weltweite Stimme der Wirtschaft.

Ihr Programm und die Aktivitäten der zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen stehen im Zentrum des Jahrestreffens in der Schweiz vom 26. Januar 2005 in Zürich. ICC-Generalsekretärin Maria Cattaoui wird in ihrem Gastreferat den Beitrag von ICC zu den globalen Herausforderungen, mit denen die Unternehmen aller Grössen konfrontiert sind, konkret darlegen und sich der Diskussion stellen. Der jährliche Erfahrungsaustausch der Schweizer Delegierten steht erstmals auch Unternehmen offen, die (noch) keine Experten in die ICC-Gremien delegieren.

Die ICC vertritt die Interessen der privaten Wirtschaft in der UNO, der WTO und in den anderen globalen wirtschaftlich

orientierten Organisationen. Sie setzt sich für die Handels- und Investitionsfreiheit ein. Die Stimulierung der Doha-Runde der WTO, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und konkrete Dienstleistungen für Unternehmen sind ihre wichtigsten Schwerpunkte.



Mit ihren verschiedenen Spezialinstituten, dem Internationalen Schiedsgerichtshof und vor allem den Instrumenten der Selbstregulierung sowie zahlreichen Fachpublikationen unterstützt sie den Welthandel und erleichtert die unternehmerischen Aktivitäten.

Der schweizerische Landesausschuss wird von economiesuisse und der Schweizerischen Bankiervereinigung getragen. Ihm

sind rund 200 Verbände, Banken und Unternehmen aus allen Branchen sowie spezialisierte Anwälte direkt angeschlossen. Sie profitieren von einem spezialisierten Informationsfluss über die internationalen Entwicklungen und von Mitgliederrabatten bei den ICC-Anlässen in der Schweiz.

Die Mitwirkung von Experten in den Arbeitsgruppen und Kommissionen der ICC ermöglicht, direkten Einfluss auf die internationalen Entwicklungen zu nehmen, den unmittelbaren Zugang zu privilegierten Informationen zu gewinnen und den direkten Austausch mit Fachleuten aus anderen Ländern und Branchen pflegen zu können. Dies bedingt ein zusätzliches Engagement der interessierten Unternehmen.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

(Generalsekretär ICC Switzerland)



economiesuisse

Wechsel bei economiesuisse Bern und Brüssel

Hans Kaufmann, langjähriger Leiter des Büros Bern, tritt per Ende Jahr in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Theo Zijdenbos, bisher Leiter des Büros Brüssel. Das Büro Brüssel wird neu von Florent Roduit, bisher Zürich, geleitet. Die Dossiers von Florent Roduit sind bereits von unserem neuen Kollegen Urs Naef übernommen worden.

Veranstaltungshinweis

Postmärkte im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Regulierung

Der Postmarkt und der Service public sind im Umbruch. Auf europäischer Ebene treibt die EU den Liberalisierungsfahrplan voran. In der Schweiz wurde auf Anfang 2004 der Paketmarkt liberalisiert und eine Postregulationsbehörde eingesetzt. Weitere Liberalisierungsschritte sind geplant. Private Unternehmen drängen zunehmend auf den Markt. Wie geht es weiter in der Schweiz?

economiesuisse und die ETH Lausanne organisieren zu diesem Thema eine spezielle Tagung:

**Dienstag, 25. Januar 2005,
13.30 – 18.15 Uhr,
Hotel Bellevue Palace, Bern**

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten der neuen Regulierungsordnung bietet sich die ideale Gelegenheit, Bilanz zu ziehen, die Zukunftschancen der Post unter die Lupe zu nehmen sowie die Marktchancen der privaten Anbieter auszuloten. Gleichzeitig geht es darum, den Blick über die Grenzen zu wagen und die europäische und internationale Entwicklung im Postmarkt zu analysieren.



www.epfl.ch/mir/post



fredy.mueller@economiesuisse.ch

Zürichs Wälder versorgen den Masoala-Regenwald

Mit mehr als 3000 Tieren und dem im letzten Jahr eröffneten Masoala-Regenwald gilt der Zoo Zürich als eines der attraktivsten und meistbesuchten Ausflugsziele der Schweiz.

Im letzten Jahr ist der Zoo Zürich der Energie-Agentur der Wirtschaft beigetreten. Die ersten Resultate aus dieser Zusammenarbeit sind erstaunlich. Die Produktivität konnte trotz rückgängigem Gesamtenergieverbrauch und einem Bruchteil der CO₂-Fracht verdoppelt werden.

Ökologisch vorbildlich

Im Rahmen des 1991 geschaffenen Masterplans 2020 zur Weiterentwicklung des Zoos bis ins Jahr 2020 bildete die Eröffnung des Masoala-Regenwalds 2003 einen Höhepunkt: Die ökologisch vorbildliche Masoala-Halle bringt tropische Wärme auf den Zürichberg. Gleichzeitig wurde auch das Energiekonzept des Zoos modernisiert; 85 Prozent des Wärmebedarfs werden nun mit einer Holzschnitzelfeuerung gedeckt. Die Tiere aus den tropischen Ländern werden mit Wärme aus den Wäldern Zürichs versorgt, unter Berücksichtigung der nachhaltigen Pflege des Wal-



des. Seit 1990 hat die Besucherzahl bis 2003 um rund das Zweieinhalbfache auf 1,6 Millionen zugenommen. Demgegenüber stehen ein leicht rückgängiger Gesamtenergiebedarf und die eindruckliche Reduktion der CO₂-Fracht von 1250 auf 260 Tonnen. Dies trotz der bezüglich Klimatisierung höchst anspruchsvollen Masoala-Regenwalds. Die Gesamtattraktivität und die Besucherzahl des Zoos Zürich konnten somit dank eines weitsichtigen Konzepts zur Verminderung der Umweltbelastung deutlich gesteigert werden.

Effiziente Weiterentwicklung

Die vollständige Umstellung der Wärmeversorgung wur-

de durch das Eingehen eines Betriebscontractings mit dem Elektrizitätswerk Zürich (ewz) erleichtert. Das ewz betreibt die Heizzentrale, die aus je zwei Holzschnitzel- und Ölfeuerungen besteht. Marino Manzoni, Leiter der Betriebslogistik und des Unterhalts, sieht den Zoo als Vermittler zwischen Mensch, Tier und Natur. «In diesem Sinne engagieren wir uns auch für die Umwelt und sind Mitglied bei der EnAW. Wir wollen zeigen, wie sich ein Kulturinstitut dank pragmatischer Nutzung modernster Technologien ökologisch sehr effizient weiterentwickeln kann. Das ist uns mit dem Masoala-Regenwald sehr gut gelungen.»

Stromversorgungsgesetz befriedigt nicht

Die vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zu einem Stromversorgungsgesetz überzeugt aus Sicht der Wirtschaft nicht.

Das Gesetz sollte der EU-Marköffnung Rechnung tragen, bewirkt aber das Gegenteil: Die schweizerische Industrie – allen voran KMU und stromintensive Unternehmen – hätte Mehrkosten zu tragen, statt in den Genuss von günstiger Elektrizität zu kommen. Die Mehrkosten würden durch neue Tarifvorschriften, vom Bund verordnete Subventionsprogramme sowie administrativen Mehraufwand verursacht. Schlimm wiegen die im Gesetz

aufgenommenen Diskriminierungsmöglichkeiten im Falle von Engpässen. Industrie und KMU laufen Gefahr, nicht mehr beliefert zu werden. Auch der Vorrang für erneuerbare Energie fand wieder Eingang, obwohl eine gleiche Bestimmung 1999 aus dem Vorentwurf zum EMG gestrichen wurde, da nicht vollziehbar.

Parlament ist gefordert

Es stellt sich die Frage, ob die Schweiz derzeit überhaupt ein «Versorgungsgesetz» benötigt, das vor allem auf die Subventionierung von Kleinkraftwerken hinausläuft, ohne mehr Versorgungssicherheit zu bringen. Ent-

scheidender für die Sicherheit der Stromversorgung der Schweiz sind der Erhalt und fristgerechte Ersatz der heutigen Stützen der Stromversorgung. Das regeln aber andere Gesetze (Gewässerschutzgesetz, Kernenergiegesetz). Sollte längerfristig auch eine nicht nukleare Stromerzeugung zur Deckung der Grundlast (Gaskraftwerke) zur Verfügung stehen, ist auch der bevorstehende Entscheid über die Einführung einer CO₂-Abgabe von höchster versorgungspolitischer Bedeutung. Das Parlament ist nun gefordert, die notwendigen politischen Weichenstellungen vorzunehmen.

@ urs.naef@economiesuisse.ch

Wirtschaftsreise nach Mexiko

Vom 10. bis 13. November 2004 stattete Bundespräsident Joseph Deiss Mexiko einen offiziellen Besuch ab. Er wurde von einer Wirtschaftsdelegation unter Leitung von economiesuisse-Präsident Ueli Forster begleitet. Dabei wurden Gespräche auf höchster Ebene geführt, u.a. mit dem mexikanischen Präsidenten Vicente Fox.

In den Gesprächen konnten Bundesrat Deiss und die Mitglieder der Delegation Fortschritte in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Mexiko feststellen, aber auch bestehende Probleme ansprechen. Zudem konnten Kontakte mit Repräsentanten der mexikanischen Wirtschaft hergestellt werden. Die Delegation sah ausserdem an Ort und Stelle die Herausforderungen, denen sich Mexiko seit dem wirtschaftlichen Erstarken Chinas stellen muss.

Anlässlich dieses Besuchs hat der Verband Schweizer Firmen in Mexiko einen Verhaltenskodex herausgegeben, der eine Corporate Governance nach ethischen Grundsätzen postuliert. Dieser Kodex fand breite Beachtung.

Wirtschaftskomitee für die Bilateralen

Gegen 100 Persönlichkeiten aus der Wirtschaft setzen sich dafür ein, dass die Schweiz den bilateralen Weg weitergehen kann. In einer breit angelegten Informationskampagne wird das Komitee «Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen» die Vorteile der bilateralen Abkommen aufzeigen. Für die Wirtschaft sei diese Diskussion zentral, so Johann Schneider-Ammann.

Die bilateralen Abkommen mit der EU sind für die Wirtschaft unverzichtbar. Sie bringen zahlreiche Vorteile in der Zusammenarbeit mit dem wichtigsten Partner der Schweiz. Das gilt für das Zusatzprotokoll zur Personenfreizügigkeit und auch für das zweite Verhandlungspaket.

www.bilaterale.ch

Konjunkturelle Zuversicht für 2005

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat nicht nur die Umsätze der Schweizer Exportbranche erhöht, sondern auch den Binnen-sektor stimuliert. Die realen Wachstumsperspektiven für das kommende Jahr schätzt economiesuisse auf 1,4 bis 1,8 Prozent.

In der Schweiz dürften sich im Jahr 2005 die Auswirkungen des breit abgestützten weltwirtschaftlichen Aufschwungs, wenngleich leicht abgeschwächt, fortsetzen. Die schweizerische Exportwirtschaft sollte auch im kommenden Jahr von dieser Dynamik profitieren, obwohl die Exporte etwas an Schwung einbüßen. Der Tourismus blickt einer positiven Entwicklung entgegen und für

den übrigen Dienstleistungssektor wird die weitere Geschäftsentwicklung zuversichtlich beurteilt. Der private Konsum dürfte im bisherigen Rhythmus mit 1,3 Prozent expandieren. Die unsicheren Arbeitsmarktaussichten und die etwas verhaltenen Wachstumsaussichten dämpfen hingegen die mittelfristigen Einkommenserwartungen der Haushalte. Das reale Wirtschaftswachstum wird deshalb nach 1,8 Prozent im vergangenen Jahr im Jahr 2005 zwischen 1,4 und 1,8 Prozent liegen.

Wirtschaftspolitische Prioritäten

Aus konjunktur- und wachstumspolitischen Gründen sind im Jahr 2005 verschiedene Politikfelder stark gefordert:

- In der Geldpolitik besteht kein Grund für eine weitere Anhebung des Zinszielbandes angesichts der konjunktur- und inflationsdämpfenden Stärke des Frankens;
- Die Rückführung der Haushaltsdefizite bei Bund und Kantonen über die Zügelung des Ausgabenwachstums bleibt von erstrangiger Bedeutung;
- Die Reform der Unternehmenssteuern verträgt keinen Aufschub mehr; die jüngste Studie von economiesuisse hat deutlich gemacht, dass auch anderswo grosser steuerpolitischer Handlungsbedarf besteht;
- Der Abbau von Marktzutritts-schranken auf dem Binnenmarkt bleibt ebenfalls vordringlich;
- Der Marktzugang zur EU gehört für die Wirtschaft zu den wesentlichen externen Rahmen-

bedingungen; die bilateralen Abkommen und die Personenfreizügigkeit sind deshalb für die Schweiz von grundsätzlicher und erstrangiger Bedeutung;

■ Im Bildungsbereich, insbesondere auf der Tertiärstufe, müssen die bildungspolitischen Weichen endlich gestellt werden.

Hohe Anpassungsfähigkeit nötig

Wegen des internationalen Wettbewerbs um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze wird der Druck auf die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen weiterhin sehr hoch bleiben. Dieser Herausforderung muss sich auch die staatliche Wirtschaftspolitik stellen.

 rudolf.walser@economiesuisse.ch

Internationaler Steuerwettbewerb: Schweiz kommt immer mehr unter Druck

Die Optimierung von nationalen Freiräumen im Steuerbereich geht unvermindert weiter, wie eine Vergleichsstudie von economiesuisse in 21 OECD-Staaten und ausgewählten Oststaaten zeigt. economiesuisse fordert deshalb eine Offensivstrategie, damit die Schweiz nicht weiter an Terrain verliert. Am 26. November wurden die Ergebnisse der Studie den nationalen und internationalen Medien vorgestellt.

In den letzten Jahren hat sich nicht nur der internationale Standortwettbewerb, sondern auch der Steuerwettbewerb verschärft. Die Schweiz kann es sich deshalb nicht mehr leisten, bloss bestehende steuerliche Vorteile zu verteidigen. Die Steuerreformen in Ländern wie zum Beispiel Irland, Österreich oder den neuen EU-Oststaaten bringen uns zunehmend in steuerpolitischen Zugzwang. Unser Land braucht deshalb eine Offensivstrategie, welche auf die veränderten internationalen Rahmenbedingungen reagiert und die steuer-



V.l.n.r.: Prof. Christoph Spengel, Universität Giessen/ZEW Mannheim; Cinderella Vassiliadis, economiesuisse, Pascal Gentinetta, economiesuisse, Thomas Staehelin, Präsident Finanz- und Steuerkommission economiesuisse, Markus R. Neuhaus, PriceWaterhouseCoopers Schweiz, Fredy Müller, economiesuisse, Peter Baumgartner, Vereinigung Schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften.

liche Standortattraktivität mit innovativen Lösungen verbessert. Die Schweiz hätte auch die Mittel dazu.

Studie macht internationale Reformdynamik sichtbar

Die Studie «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz» gibt im ersten Teil einen Überblick über die verschiedenen Reformbestrebungen in den 21 untersuchten OECD-Ländern sowie

den ausgewählten EU-Oststaaten. Im zweiten Teil werden die einzelnen Steuersysteme und -arten im Detail untersucht und erläutert. Gleichzeitig enthält die Studie einen systematischen Ländervergleich und zahlreiche Abbildungen.

Schwachstellen des helvetischen Steuersystems

Unser Steuersystem ist historisch gewachsen. Es hat anerkannte Stärken, aber gleichzeitig zahlreiche Schwachstellen. Angesichts der gestiegenen

Mobilität und der zunehmend enger werdenden wirtschaftlichen Verflechtungen kommt die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb immer mehr unter Druck.

economiesuisse fordert daher,

- bei der Unternehmenssteuerreform ein Modell, das die Wachstumswirkung im Interesse der KMU und der Volkswirtschaft maximiert;
- alle notwendigen Massnahmen zu treffen, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes und für international tätige Firmen sichern;
- die Mehrwertsteuer so zu gestalten, dass Erhebungsaufwand und Verzerrungen reduziert werden und von schädlichen MwSt.-Erhöhungen abgesehen wird.

economiesuisse ist überzeugt, dass nur eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik Wachstum und Wohlstand auf die Dauer sicherstellen. Angesichts des verschärften internationalen Steuerwettbewerbs wäre es unverantwortlich, wenn die Schweiz heute nicht handeln würde.

 fredy.mueller@economiesuisse.ch

Sanierung über Ausgaben wachstumspolitisch richtig

Der Schuldenberg des Bundes ist auf 134 Mrd. Franken angewachsen. Das Hinnehmen eines weiteren Anstiegs steht damit ausser Frage. Ein Vergleich unterschiedlicher Szenarien zeigt, dass eine Sanierung über Ausgaben gegenüber einer Steuererhöhung gesamtwirtschaftlich wesentlich besser abschneidet und klar mehr Arbeitsplätze rettet.

Die eidgenössische Finanzverwaltung liess die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Entlastungsprogramms (EP 03 bzw. EP 04) zweimal analysieren. Nur die erste Analyse der BAK Basel Economics aus dem Jahr 2003 vergleicht verschiedene Sanierungsstrategien (Ausgaben versus Steuern) und kommt zu einem interessanten Schluss: Das Szenario mit Steuererhöhung erweist sich als deutlich schädlicher für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Unter Berücksichtigung der Umsetzung des bereits beschlossenen EP 03 im Umfang von etwa 3 Mrd. Franken wird das Wirtschaftswachstum durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,9 Mrd. Franken um 0,2 Prozentpunkte stärker gebremst und es gehen 6500 Ar-

beitsplätze mehr verloren als bei der rein ausgabenseitigen Sanierung. Mit anderen Worten rettet eine ausgabenseitige Strategie gegenüber einer Steuererhöhung Arbeitsplätze und Wachstumspunkte. Dieses Resultat ist wenig erstaunlich, hat doch eine Steuererhöhung – insbesondere eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – deutlich negative Effekte auf die Preise und Löhne und damit auf das Wirtschaftswachstum. Dieser Befund wird im Übrigen auch von der neulichen Studie von Prof. Keuschnigg für Avenir Suisse bestätigt.

Ergänzungen nötig

Es ist bedauerlich, dass die zweite Studie vom Oktober 2004 der BAK Basel Economics nur noch einseitig die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer ausgabenseitigen Strategie untersucht, und dies wiederum nur über ein eng begrenztes Zeitfenster. Denn das Aufzeigen alternativer Sanierungsstrategien würde wiederum klar verdeutlichen, dass sowohl eine anhaltende Schuldenpolitik als auch weitere Steuererhöhungen der Wirtschaft grösseren Schaden zufügen würden als der Weg über ausgabenseitige Ent-

lastungsprogramme. Es wäre daher sehr zu begrüssen, wenn die Analyse 2004 ergänzt wird. Denn nur mit vollständigen Kenntnissen können die echten politischen Wahlmöglichkeiten mit all ihren Konsequenzen aufgezeigt werden.

Nutzen berücksichtigen

Beide BAK-Studien weisen im Übrigen darauf hin, dass der längerfristige Nutzen einer Budgetsanierung in den Simulationsrechnungen nicht berücksichtigt wurde. So erweitert etwa die Haushaltsanierung den künftigen Handlungsspielraum des Staates, indem die Zinsbelastung abnimmt – ein nicht zu unterschätzender Faktor, wenn man bedenkt, dass der Bund 2004 3,8 Mrd. Franken Schuldzinsen zu bezahlen hatte. Auch die Verdrängung privater Investitionen aus dem Kapitalmarkt wurde nicht berücksichtigt. Längerfristig wirkt sich eine nachhaltige Haushaltspolitik positiv aus: Tiefere Zinsen stimulieren die Investitionen und der grössere finanzpolitische Spielraum kann für wachstumsfördernde Massnahmen genutzt werden.

@ brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch



Auf dem richtigen Weg

Seit etwas mehr als einem halben Jahr ist «t@res», der elektronische Zolltarif, nun online. Welche Erfahrungen hat man mit dem neuen Instrument gemacht und wie sind die Reaktionen darauf ausgefallen? Eine Zwischenbilanz.

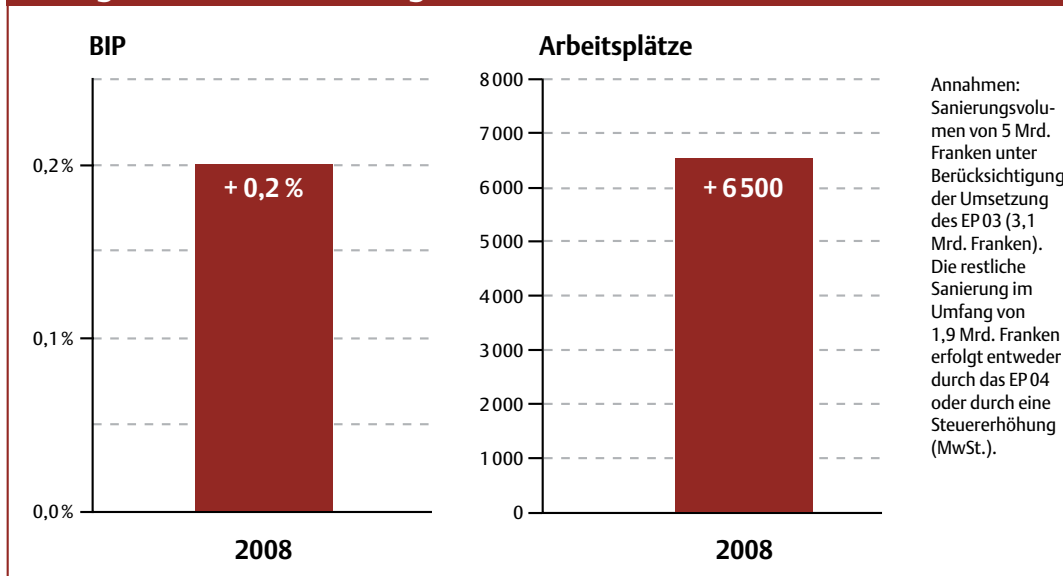
Seit Anfang Mai dieses Jahres steht der elektronische Zolltarif «t@res» kostenlos im Internet (www.tares.ch) zur Verfügung. «t@res» enthält alle Angaben, die auch im gedruckten Tarif vorhanden sind. Die geltenden Vorschriften sind nach Land, Datum, Tarifnummer und allenfalls statistischem Schlüssel dargestellt. Viele bis anhin erforderlichen Interpretationen und Zuordnungen sind dank dem elektronischen Zolltarif nicht mehr notwendig. Ab 1. Januar 2005 wird die Printversion des Tarifs definitiv nicht mehr aktualisiert. Höchste Zeit also, auf «t@res» umzustellen.

Vorwiegend positive Reaktionen

Die Einführung ist ohne nennenswerte Schwierigkeiten verlaufen. Die Reaktionen bei den Anwendern reichten von totaler Begeisterung bis hin zu Ablehnung respektive Verunsicherung. Die vielen positiven Äusserungen, insbesondere aus der Wirtschaft, zeigen, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist. Erfreulicherweise wurde festgestellt, dass «t@res» vermehrt auch von Firmen genutzt wird, die sich bis anhin nicht mit dem Zolltarif auseinandergesetzt haben. Trotzdem erhält die Eidgenössische Zollverwaltung nach wie vor relativ häufig Tarifierfragen, insbesondere von kleineren und mittleren Unternehmen.

 www.tares.ch

Einfluss des EP04 auf Wachstum und Beschäftigung gegenüber einer Strategie mit Steuererhöhung



Quelle: BAK, April 2003, Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Sanierungsstrategie des Bundeshaushalts

Kluges Unternehmen – Smart Chips



Mit einem Transponder ausgestattete Biene.

Das Freiburger Unternehmen Sokymat in Granges verkauft weltweit rund 75 Millionen Smart Chips. 95 Prozent der Produktion werden exportiert. Immer mehr Waren tragen heute die winzigen Tags, die per Funksignale Daten übertragen.



Direktionsmitglieder (v.l.n.r.) John Rogers, CFO; Marc Biemann, CTO; André Ziegler, CEO

Als nach dem Fall der Berliner Mauer die Zahl der Autodiebstähle in Westdeutschland in die Höhe schnellte, so Marc Biemann, erlebte die neue Technologie RFID (Radio Frequency Identification) eine Hochkonjunktur: Dabei wird ein beliebiges Objekt mit einem Mikrochip, welcher Informationen über dessen Identität trägt, ausgestattet. Bei Stimulation durch ein schwaches Magnetfeld funkt der Chip diese Informationen in Sekundenbruchteilen weiter. Die Daten können so kontaktlos ausgelesen werden. Autos, die mit solchen Systemen ausgerüstet sind, verweigern strikt den Gehorsam, wenn die Identitätsdatei nicht gelesen werden kann. Damit wird Möchtegern-Autodieben das Handwerk gelegt. Anfang der 90-er Jahre gehörte ein Freiburger Unternehmen namens Sokymat zu den führenden Herstellern von Identifizierungschips. Sokymat führt in der Region Veveyse eine Hochtechnologie-Produktionsstätte. Das Unternehmen schaffte rasch

den Sprung zum Top-Lieferanten der deutschen und später der globalen Automobilindustrie und gewann im Bereich der Funkfrequenzidentifizierung internationales Ansehen.

Transponder-Technik

Der Fachbegriff für den mit einer Antenne ausgestatteten Chip lautet «Transponder». In der Alltagssprache ist von Smart Chips oder von Tags die Rede. Die Chips lösen die berühmten Strichcodes ab, denen sie in entscheidenden Punkten überlegen sind: kein Scanner zum Auslesen der Information notwendig; die Informationen werden sogar durch Schranken wie Holz, Stoffe und Verpackungsmaterialien entziffert. Das Funkidentifizierungssystem (RFID) kommt heute unter anderem für Zutrittskarten zu Skiliften, Konzertsälen und Stadien zum Einsatz.

Sokymat hat zwar das Verfahren nicht selbst erfunden, aber sehr geschickt angewandt. Die Chips dürfen nur einige Millimeter messen, damit sie diskret und vielseitig eingesetzt werden können; sie werden mit einer Antenne ausgestattet, die auf schwache Magnetwellen reagiert. Zudem

müssen die Chips gegen mechanische Reize, Gewitter und extreme Temperaturen unempfindlich sein.

Mehrwert

Die Anwendungsmöglichkeiten sind schier unbegrenzt. Eine bekannte und lang erwartete Anwendung war die Ausstattung der Warenbestände von Kaufhäusern mit den Tags. Der Kunde füllt seinen Einkaufswagen und geht direkt zur Kasse; ein Lesegerät ruft die Daten von den Mikrochips ab, erstellt den Kassenzettel und rechnet den Gesamtbetrag aus. Die Kunden müssen nicht mehr Schlange stehen und der Händler erhält in Echtzeit Bescheid über den Lagerbestand und den Warenfluss.

Sokymat entwickelt jedoch nicht nur diese besondere Applikation. Wie Marc Biemann erklärt, muss die Produktlinie genügend Wertschöpfung beinhalten; das gilt im Übrigen für alle Industriebetriebe in der Schweiz. Neben den Karten, die nach wie vor ein beträchtliches Arbeitsvolumen darstellen, hat sich das Unternehmen auf industrielle und kommerzielle Logistik (Paletten, Packungen, Produkte) und auf das Markie-

ren von Tieren und tierischen Erzeugnissen spezialisiert. Dieser Bereich gewinnt seit den letzten Tierseuchen stark an Bedeutung: Demnächst sollen praktisch alle Nutztiere in den Industrieländern bzw. in den Exportländern von Fleischprodukten mit Chips ausgestattet werden.

Daneben möchte Sokymat die Kompetenzen des Unternehmens in den aktuellen Projekten des Bundes zur Geltung bringen, besonders im Zusammenhang mit dem neuen Pass oder auch mit der Identifizierung von Haustieren, so Marc Biemann.

Chips: zu allem bereit

Die hoch resistenten Chips sind ein besonderer Trumpf des Unternehmens. Damit entwickelte Sokymat Tags für Arbeitskleider, welche regelmässig in die Industriereinigung gehen, Tags, die auf Bierfässer aufgestempelt werden, welche heftige Erschütterungen aushalten müssen, und in Reifen implantierte Chips. Die Reifen eines Kraftfahrzeugs sind enormen mechanischen Belastungen und sehr hohen Temperaturen ausgesetzt – ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der Chips.

Von der Spule zur Minispule und zum Transponder

Sokymat ist kein Kind der New Economy. Das 1964 gegründete Unternehmen widmete sich damals der Produktion von Spulen. Nach dem Zusammenbruch Anfang der 80-er Jahre fiel Sokymat für einen symbolischen Franken in die Hände von Ake Gustavson, dem Schöpfer des berühmten Tetrapack. Ake Gustavson konzentrierte sich zunächst auf die Produktion von Minispulen für die Uhrenindustrie. Wegen des asiatischen Preisdrucks auf die Minispulen in der Uhrenbranche beschloss Sokymat, die Minispule mit einem Mikrochip zu kombinieren und daraus einen Transponder herzustellen. Heute beschäftigt Sokymat 165 Mitarbeiter in der Schweiz und 75 in der Schwestergesellschaft Metget in Schweden.



Sokymat ist in der Region Veveyse angesiedelt, inmitten weiter Weideflächen, Raps- und Maisfelder und kleiner Laubwälder.

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

1 Für Exportfirmen ist der Abbau der technischen Handelshemmnisse von entscheidender Bedeutung. Das diesbezügliche Abkommen mit der EU spielt eine Schlüsselrolle. Das Abkommen darf nicht dadurch gefährdet werden, dass die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa bekämpft wird.

2 «Made in Switzerland» gehört zu den Trümpfen unseres Landes. Sorgfalt, ständige Perfektio-

nierung der Verfahren und langfristige Garantie für funktionierende Produkte sind die Qualitäten, mit denen wir uns von den Konkurrenten abheben. Die Bereitschaft, Exzellentes zu leisten, muss gefördert werden.

3 Im Bildungswesen: Sprachen lernen – besonders Englisch – ist überlebenswichtig. Englisch, die Handels- und Finanzsprache, ist heute in einer exportorientierten Volkswirtschaft ein absolutes Muss.



www.sokymat.ch

Besuch von Bundesrat Schmid bei economiesuisse

Bundesrat Samuel Schmid führte am 22. November 2004 eine Aussprache mit dem Vorstand von economiesuisse über die aktuellen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik. Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine entscheidende Rahmenbedingung für die Unternehmen und ein wichtiger Standortfaktor. Eine starke Armee bleibt ein Schlüsselement, die Finanzsituation bedingt aber eine Konzentration auf das Notwendige.

Bundesrat Samuel Schmid und economiesuisse-Präsident Ueli Forster.



Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen – **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum – **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Telefon 01 421 35 35, Fax 01 421 34 34, E-Mail: regina.hunziker@economicsuisse.ch, Web: www.economicsuisse.ch – **Adressänderungen:** marianne.baer@economicsuisse.ch
Erscheinungsweise: monatlich – **Gestaltung:** Layout 88 GmbH, 8008 Zürich – **Druck:** Herbstdruck AG, 8032 Zürich

Dokumentation

- **«Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».** Erhältlich in Deutsch und Französisch Fr. 40.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economicsuisse.ch
- **EU-Erweiterung**
Broschüre A5, 8 Seiten. Gratis.
- **Bilaterale Abkommen Schweiz – Europäische Union (EU)** «dossierpolitik spezial». Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die neun Dossiers der Bilateralen II. Gratis.
- **«Wirtschaftspolitik in der schweiz 2004»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- **«Zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).»**
Für weniger Regulierung und mehr Wettbewerb in der Verbreitung. Positionspapier Juni 2003. Gratis.
- **«Swiss Code of Best Practice»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- **«newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- **«ausgabenkonzept»**
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economicsuisse.ch
- **Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- **Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- **«E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«dossierpolitik», Pressedienst**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Firma

Name

Strasse

Vorname

PLZ/Ort

Funktion

E-Mail

Vernehmlassungen

15. Dezember 2004

Bericht und Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 betreffend die Umsetzung von Artikel 123a BV über die lebenslängliche Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter und einzelne nachträgliche Korrekturen am neuen Massnahmenrecht

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

17. Januar 2005

Revision Urheberrechtsgesetz

Kontakt: urs.furrer@economicsuisse.ch

II. Teilbericht der vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission «Sanktionen in der Finanzmarktaufsicht»

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Haager Übereinkommens über das auf Trust anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

25. Januar 2005

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA): Ausführungsgesetzgebung

Kontakt: jan.perret-gentil@economicsuisse.ch

14. Februar 2005

Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Anwendung polizeilichen Zwangs im Bereich des Ausländerrechts und der Häftlingstransporte im Auftrag des Bundes

Kontakt: urs.furrer@economicsuisse.ch

Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economicsuisse.ch anfordern.